Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

192 (18.8.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 192 — Donnerstag den 18. August 1932 — 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Die Reichsregierung verhandelt mit der Reichsbank über eine stärkere Kreditgewährung, die zur Durchführung des Sofort-Programms notwendig ist.

*

Im Rechtsstreit über die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen haben die preußischen Staatsminister dem Staatsgerichtshof eine Erwiderung über die Klagebeantwortung zugehen lassen. Sie weisen darin alle Vorwürfe zurück, die sich nur auf unrichtige Informationen der Reichsregierung stützen würden.

*

Das Lausanner Anleihe-Protokoll ist im österreichischen Nationalrat mit einer Stimme Mehrheit angenommen worden.

*

Der Terror dauert an, im ganzen Reiche gab es zahlreiche politische Zusammenstöße.

*

Professor Piccard ist heute morgen zwischen 4 und 5 Uhr zu seinem Stratosphärenflug gestartet.

Die neuen Aufgaben

Von Reichskanzler von Papen.

Wir stehen inmitten einer Krise von unbeschreiblichem Ausmaß, inmitten einer tiefen seelischen und materiellen Not des ganzen Volkes. In dieser Lage hat die Reichsregierung die Führung des Staatsschiffes übernommen. Wir haben es zu Beginn unserer Tätigkeit abgelehnt, Versprechungen zu machen und große Programme zu entwickeln, sondern bewußt darauf hingewiesen, daß das Volk seine Regierung an ihrem Handeln erkennen soll. Es ist an der Zeit, Rechenschaft über dieses Handeln zu geben und die Richtung zu zeigen, in der weiter gehandelt werden muß.

Die Reichsregierung hat während der ersten Wochen ihrer Amtstätigkeit Aufräumungsarbeiten leisten müssen, um die unbedingt notwendigen Voraussetzungen für eine Aufbauarbeit zu schaffen.

Wohin geht nun der Weg der Zukunft?

Es kommt mir hier nicht darauf an, durch die Ankündigung eines großen Programms zu werben. Programme sind dem deutschen Volk schon zu oft entwickelt worden, ohne daß ihnen die Tat gefolgt wäre. Wichtiger ist es, daß das deutsche Volk die grundsätzliche Linie erfährt, unter der die Regierung ihre Einzelmaßnahmen behandeln wird. Es wird dann in der Lage sein, an den einzelnen Entschlüssen der Regierung zu erkennen, daß nicht willkürliche und planlose Einzelmaßnahmen getroffen werden, um von Tag zu Tag neu auftretende Folgen der allgemeinen Wirtschaftskrise gesondert zu behandeln —, sondern zu erkennen, daß das Mosaik der Einzelmaßnahmen sich zu einem einheitlichen, wohldurchdachten Plan rundet.

Die Entscheidung über zwei grundsätzliche Fragen gibt die Richtung an:

1. Wird man bei der Neuordnung der Wirtschaft den Mut haben, an die Ueberwindung reformbedürftiger oder überlebter Wirtschaftsformen heranzugehen?

2. Wird man bei der Führung der Wirtschaftspolitik den Mut zu einer Entscheidung finden, die in den geschlossenen Ring der widerstreitenden Interessen eine Bresche schlägt, und wird man damit von der Kette der kleinen Notmaßnahmen zum planmäßigen Aufbau übergehen?

Wir müssen uns bei der Beurteilung der Wirtschaftsformen von der unfruchtbaren theoretischen Auseinandersetzung über die Begriffe „Kapitalismus und Sozialismus" freimachen. Wir müssen zurück zu dem einfachen alten Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz". Unter diesen Grundsatz stellt die Regierung den Schutz des Eigentums.

Sie bekennt sich zum Gedanken der Privatwirtschaft. Die persönliche wirtschaftliche Initiative und die freie Auswirkung der Rechte und Pflichten aus Eigentum sind für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung unentbehrlich. Die freie Wirtschaft muß aber nach der alten Rechtsauffassung von der persönlichen Verantwortung wieder ihre Existenzberechtigung — ohne Inanspruchnahme öffentlicher Unterstützungen — durchsetzen. Es kann nicht die Aufgabe des Staates sein, die in der Privatwirtschaft liegenden Risiken auf den Staat zu übernehmen. Wenn aber aus zwingendem, allgemeinem wirtschaftlichen Interesse und nur in Ausnahmefällen die Stützung von privaten Unternehmungen aus öffentlichen Mitteln erfolgt ist, dann durfte dies nicht geschehen, um das Kapital des Unternehmers, sondern nur um die Produktionsstätte und die Arbeitsgelegenheit über eine Krisenzeit hinweg für das deutsche Volk zu retten. Es ist im übrigen die Absicht der Reichsregierung, alle solchen subventionierten Unternehmen sobald als irgend möglich und soweit es ohne Verluste für das Reich tunlich ist, wieder der Privatinitiative zuzuführen.

Wenn die Aufgabe einer systematischen Belebung der Gesamtwirtschaft gelöst werden soll, dann muß eine Entscheidung gefällt werden, wo die ersten Maßnahmen angesetzt werden müssen. Die Regierung hat diese Entscheidung nach eingehenden Beratungen in den letzten Wochen in dem Sinne getroffen, daß es zunächst entscheidend darauf ankommt, die Produktion der deutschen Landwirtschaft zu erhalten und sie bis zur Deckung des heimischen Bedarfs zu steigern. Das Wort „hat der Bauer Geld, so hats die ganze Welt" gilt auch heute noch. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß der deutsche Landwirt in hohem Maße von der Kaufkraft der breiten Masse der Bevölkerung abhängig ist. Deshalb wird die Regierung — soweit dies die erste Aufgabe nur irgendwie zuläßt — alle Mittel einsetzen, um die industrielle Wirtschaft zu beleben. Wir werden dabei vermeiden, durch neue künstliche Konstruktionen die Beweglichkeit der Wirtschaft weiter zu unterbinden. Im Gegenteil: Bindungen müssen gelockert werden.

Aus diesen beiden grundsätzlichen Entscheidungen ergibt sich die Richtung, in der alle übrigen Aufgaben zu einer Lösung drängen. Die Fragen einer Verwaltungsreform zur Verbilligung und Vereinfachung des Behördenapparats — die Fragen der Finanz- und Steuerreform, die der Kreditpolitik mit dem besonders wichtigen Zinsproblem — die Notwendigkeit einer Verstärkung der Selbstverwaltungsaufgaben der Berufsstände — die neuen Formen kooperativer Selbsthilfe, wie sie im freiwilligen Arbeitsdienst begonnen wurden — alle diese Fragen, die ich hier nur als Beispiel aufführen möchte, sind die Teile eines Planes, der den Wirtschaftsprozeß neu beleben und organisch unterbauen wird.

Auch die Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, die die Regierung in den letzten Tagen durchberaten hat, haben nur dann einen Sinn, wenn sie in den Gesamtplan zum richtigen Zeitpunkt und nur für produktive Zwecke eingesetzt werden, um der Wirtschaft über die schwierigste Anfangszeit einer Neubelebung aus eigener Kraft hinwegzuhelfen.

In diesem Zusamenhang noch ein Wort zur Siedlung. Die Siedlung ist ein so ernstes, für das gesamte Leben der Nation so wichtiges Problem, daß es nicht angeht, mit dieser Frage Propaganda zu machen und in Millionen von Familien Hoffnungen zu erwecken, für die die wirtschaftlichen Voraussetzungen einfach nicht vorhanden sind. Die Reichsregierung hält es für viel notwendiger, ohne Rücksicht auf einen momentanen, aber vergänglichen Beifall erst einmal die Maßnahmen zu treffen, die den Siedlern eine wirtschaftliche Lebensexistenz ermöglichen. Zu diesem Ziel hat sie bereits eine Reihe von Entscheidungen getroffen, die dem Schutze der bäuerlichen Veredelungswirtschaft dienen.

Die Regierung hat durch ihre ersten Maßnahmen bewiesen, daß sie die Kraft zum Entschluß aus dem Bewußtsein ihrer Unabhängigkeit von irgendeinem Parteiauftrag besitzt. Sie wird auch den weiteren Weg in die Zukunft nach diesem Grundsatz beschreiten.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Landgemeinden

T.U. **Berlin**, 17. Aug. Der Präsident des Deutschen Landgemeindetages und des Verbandes der Preußischen Landgemeinden, Landrat a. D. Dr. Gereke-Pressel hatte zu Mittwoch zu einem Presseabend im Haus der Deutschen Presse eingeladen, auf dem das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Landgemeinden erläutert wurde. Dr. Gereke führte dabei u. a. aus: Die in ihren Grundzügen der Oeffentlichkeit bereits mitgeteilten Richtlinien der Landgemeinden zur Arbeitsbeschaffung seien in letzter Zeit Gegenstand der Besprechungen mit namhaften Vertretern großer Organisationen und Parteien gewesen. Mit Genugtuung könne er feststellen, daß sich fast ausnahmslos alle Persönlichkeiten, denen diese Gedanken näher gebracht worden seien, im Grundsatz dazu bekannt hätten. Mit ebenso großer Genugtuung müsse man verzeichnen, daß in Verfolg dieser Bestrebungen gerade der Reichspräsident seine bekannte Aufforderung an den Reichskanzler zur schleunigen Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms gerichtet habe.

Die Vorschläge der Landgemeinden, die in Leitsätzen mit ausführlicher Begründung herausgegeben, vom Verband der Preußischen Landgemeinden zusammengefaßt sind, gehen von folgenden Erwägungen aus:

Die Arbeitskraft des deutschen Volkes ist als stärkstes Mittel zur Belebung der Wirtschaft geblieben. Diese Arbeitskraft kann heute bei rund 6 Millionen Erwerbslosen nicht annähernd genutzt werden, obwohl genügend volkswirtschaftlich wichtige Arbeitsgelegenheiten zur Verfügung stehen. Diese volkswirtschaftlich wichtigen Arbeiten müssen unter Einschaltung der Privatwirtschaft zu vollem Lohn von der öffentlichen Hand durchgeführt werden. Dadurch ergibt sich eine starke Belebung der Kaufkraft und des Marktes, sowie der Gütererzeugung und letzten Endes der Steuerkraft. Schwierigkeiten bereitet bisher am stärksten die Frage der Finanzierung. Kredite aus dem Ausland können wir nicht mehr erhalten. Sie wären auch für die deutsche Wirtschaft verhängnisvoll. Die Finanzierung eines wirklich umfassenden Arbeitsbeschaffungsprogramms auf dem aus Reichsbankkreisen vorgeschlagenen Wege der Diskontierung von relativ schnell rückzahlbaren Wechseln wäre unzulänglich und außerdem für die Gemeinden untragbar. Die Aufnahme von Anleihen im Inlande wäre nach der bisherigen Praxis nur möglich, wenn dafür hohe untragbare Zinsen gezahlt würden. Sie dürfte ebenso wie die Beschaffung der Mittel durch Prämienanleihen usw. nur zu einem unzulänglichen finanziellen Ergebnis führen. Infolgedessen muß ein neuer Weg beschritten werden und zwar die zinslose Kreditschöpfung der öffentlichen Hand, bei den öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten, die ihre Deckung wie die Anleihen der öffentlichen Hand bisher in der Steuerkraft der Bevölkerung findet. Selbstverständlich müßte die Kreditschöpfung von einer zentralen Stelle, am besten von einem eigens mit großen Vollmachten eingesetzten Reichskommissar planmäßig überwacht und begrenzt werden, um jede Gefährdung der Währung auszuschließen.

Was heute in der Oeffentlichkeit vielfach verwechselt wird, ist die Kreditschöpfung und die Beschaffung der für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm notwendigen Geldzeichen. Wenn man den bargeldlosen Verkehr belebt und zu seiner Förderung auch das Scheckgesetz verschärft, dann sind zur Ingangsetzung auch eines großen Arbeitsbeschaffungsprogramms relativ nur geringe Mengen von Geldzeichen nötig, die die Reichsbank ohne irgend eine Gefährdung der Währung zur Verfügung stellen könnte. Das Reich hat ja die Möglichkeit, noch für 280 Millionen Mark Silbermünzen ausprägen zu lassen, da die Ermächtigung besteht, bis zu 30 Mark je Einwohner auszugeben. Außerdem hat die Reichsbank gegenwärtig für 180 bis 250 Millionen Mark Münzen auf Lager, da durch die fehlenden Kreditmöglichkeiten die Wirtschaft diese Münzen nicht mehr aufgenommen hat.

Die Reichsregierung sei, so schloß Dr. Gereke, bereits seit längerer Zeit ebenso wie ihre Vorgängerin mit der Ausarbeitung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms beschäftigt. Was sie im einzelnen an bekannten Vorschlägen habe, könne ohne weiteres organisch in den weitergehenden Plan der Landgemeinden eingearbeitet werden. Nicht gelöst habe aber die Regierung bisher vornehmlich wegen des Widerstandes der Reichsbank die Finanzierungsfrage. Geschehe nicht bald etwas Durchgreifendes in der Frage der Arbeitslosigkeit, dann gingen wir sehenden Auges in den völligen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft und des deutschen Staates hinein. Die Zeit des Kritisierens und der großen Versammlungsreden sei vorbei: Jetzt müßten endlich praktische Taten gezeigt werden.

*

Der Vertreter der N.S.D.A.P. und das Reichsbanner für den Arbeitsbeschaffungsplan des Landgemeindetages.

T.U. **Berlin**, 17. Aug. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Landgemeindetages und des Verbandes der Preußischen Landgemeinden, deren Präsident am Mittwoch abend die Einzelheiten dieses Planes in einer Besprechung im Haus der Deutschen Presse vortrug, ist vorher bereits mit Organisationen der Landwirtschaft, der Gewerkschaften und mit Vertretern der Wehrverbände, der verschiedensten Richtungen besprochen worden. Vertreter aller dieser Organisationen waren auch bei dieser Besprechung zugegen. Im Anschluß an die Ausführungen des Präsidenten Dr. Gereke nahm Kornemann von der wirtschaftspolitischen Abteilung der nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei das Wort zu einer kurzen Erklärung, in der er sein völliges Einverständnis mit dieser Art der Selbsthilfe der untersten deutschen Verwaltungskörper ausdrücke und dem vorgelegten Arbeitsbeschaffungsplan den vollsten Erfolg wünsche. Darauf ergriff der Generalsekretär des Reichsbanners Schwarzrotgold, Gebhardt, das Wort. Er verwies zunächst auf die Vorarbeiten der Herren Dr. Hertel und von Etzdorf, die als die eigentlichen Väter des Gedankens der zinslosen Kreditschöpfung im Interesse eines großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramms anzusprechen sind und erklärte, daß der heutige Tag durchaus ein Wendepunkt für die wirtschaftliche und politische Zukunft des deutschen Volkes sein könne. Ja noch weiter: Die letzten Monate und besonders die letzten Wochen seien ungeheuer schwer gewesen. Der heutige Tag aber sei der schönste seines Lebens, weil er erweise, daß der Lebenswille des deutschen Volkes sich mit elementarer Macht durchringe, um endlich der ungeheuren und für das Schicksal des deutschen Volkes entscheidenden Not der Arbeitslosigkeit ein Ende zu bereiten. Er schloß mit dem Appell: „Vorwärts, aufwärts, durch!"

Um die Finanzierung des Aufbauprogramms

Verhandlungen mit der Reichsbank um größere Kredite

Berlin, 17. Aug. Im Rahmen des wirtschaftlichen Sofortprogrammes der Reichsregierung spielt die Frage der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung die ausschlaggebende Rolle. Bei Beurteilung des Finanzierungsproblems muß man davon ausgehen, daß schon in den vergangenen Monaten wiederholt versucht wurde, eine stärkere Kreditgewährung durch die Reichsbank zu erreichen. Die Reichsbank hat demgegenüber immer wieder den einen Standpunkt in den Vordergrund gestellt, daß **an der Währung unter keinen Umständen gerüttelt werden dürfe.** Eine Krediterweiterung durch die Reichsbank kann nur auf Grund einwandfreien Wechsel-Rediskont-Materials in Aussicht gestellt werden — an diesem Grundsatz hält die Reichsbank eisern fest. Die Reichsbank und insbesondere ihr Präsident **Dr. Luther** sind in den letzten Tagen selbst wegen ihrer Unnachgiebigkeit stark angegriffen worden. Die Angriffe hatten sich zeitweise so sehr verdichtet, daß wieder einmal das Gerücht von einem Rücktritt Luthers auftauchte.

Die Gefahren zu weitgehender Kredite, die man durch Luther überschätzt glaubt, sind, was von den Gegnern der jetzigen Reichsbankleitung leicht übersehen wird, zum Beispiel auch von dem früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht eindeutig festgestellt worden, der auf die bedenklichen Bewegungshemmungen des Zentralinstituts infolge der eingefrorenen Währungskredite hingewiesen hat.

Bei den Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der Reichsbank, die nunmehr wiederum versuchen, erweiterte Kreditmöglichkeiten zu schaffen, hat sich bereits insofern ein **recht weitgehendes Entgegenkommen der Reichsbank gezeigt, als sie die Wechselkreditfristen für Arbeitsfinanzierungszwecke generell bis zu fünfzehn Monaten auszudehnen gewillt ist.** Dabei sind allerdings bis jetzt endgültige Summen nicht genannt, geschweige denn festgelegt worden. Hinweise auf das bekannte 135-MillionenProgramm, das 110 Millionen RM. für Straßen- und Wasserbauten und 25 Millionen RM. für Meliorationen einstellt, erschöpfen das Gesamtproblem natürlich nur zu einem Bruchteil. Weitere 200 Millionen RM. sollen bis zu drei Fünfteln für neue Erdbewegungsarbeiten und der größere Teil des Restes für den **freiwilligen Arbeitsdienst** Verwendung finden. Fernerhin werden große Summen für die **Althaus-Reparaturen** und schließlich für die **Siedlungen** in Aussicht genommen, durchweg Pläne und Ansprüche, denen die Reichsbank nicht etwa kategorisch ablehnend gegenübersteht, für die sie jedoch neben der wiederholt erwähnten wechselmäßigen Sicherung bestimmte Zusagen für eine langfristige Fundierung nach Ablauf der vorgesehenen fünfzehnmonatigen Laufzeit verlangt.

Greifbare Ergebnisse lassen sich aus den bisherigen Ressortbesprechungen noch nicht erkennen. Trotz aller dieser Schwierigkeiten bleibt es die Pflicht der Regierung und der Oeffentlichkeit, dafür zu sorgen, daß alle Möglichkeiten untersucht und alle Kräfte angespannt werden, um die Arbeitslosigkeit mit allen ihren demoralisierenden Folgen einzudämmen.

*

Beratungen über die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms.

T.U. **Berlin,** 17. Aug. Im Laufe des Mittwoch nachmittag fand zwischen dem Reichskanzler, dem Reichsbankpräsidenten, dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichsfinanzminister eine längere Beratung über die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms statt. Da derartige Beratungen jetzt dauernd stattfinden, werde keine amtliche Verlautbarung ausgegeben.

Keine Verständigung über die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms.

T.U. **Berlin,** 18. Aug. Nach der „D.A.Z." verlautet, daß die neue Aussprache zwischen dem Reichskanzler von Papen und dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther noch nicht zu einer Verständigung über die Schwierigkeiten der Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms geführt habe. Die Verhandlungen werden deshalb fortgesetzt.

*

Der Reichsverband der Deutschen Industrie zur Arbeitsbeschaffung

Berlin, 17. Aug. Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie beschäftigte sich mit der wirtschaftspolitischen Lage und nahm zu der Frage der Arbeitsbeschaffung Stellung. Der Reichsverband vertritt den Standpunkt, daß auf dem Wege einer öffentlichen Arbeitsbeschaffung eine konjunkturfördernde Beeinflussung nicht erreicht werden kann und lehnt alle uferlosen Pläne, die zur Ausführung von Milliardenprojekten von verschiedenen Seiten aufgestellt worden sind, nach wie vor ab. Eine Besserung der innerwirtschaftlichen Lage und eine allmähliche Behebung der Arbeitslosigkeit kann nach Auffassung des Reichsverbandes nur dann erhofft werden, wenn die innerwirtschaftlichen Hemmungen beseitigt und die Produktionskosten derartig gesenkt werden, daß die Betriebe wieder rentabel wirtschaften können.

Es wurde aber anerkannt, daß unter den gegebenen Verhältnissen die öffentlichen Stellen einschließlich der Reichsbahn und der Reichspost die Aufgabe haben, diejenigen Arbeiten mit möglichster Beschleunigung in Gang zu setzen, die zur Erhaltung des öffentlichen Vermögens notwendig sind, und zwar in einem erheblich erweiterten Umfange als bisher vorgesehen ist.

Zur Frage des Freiwilligen Arbeitsdienstes wurde festgestellt, daß er einer möglichsten Förderung bedarf, und daß in einem weiteren Ausbau des Freiwilligen Arbeitsdienstes auch die organischen Grundlagen für eine spätere Einführung der Arbeitsdienstpflicht gefunden werden können.

Gewitterwolken über Jugoslawien

Von besonders unterrichteter Seite werden uns folgende interessante Einzelheiten über die Lage in Südslawien berichtet:

Gewitterschwere Wolken scheinen sich über dem politischen Horizont des Königreiches SHS. — so wird der neue Staat der Serben, Horvaten und Slovenen abgekürzt genannt — zusammenzuziehen. Trotz der wütenden Zensur gelangen Nachrichten aus Südslawien nach dem Auslande, die von zunehmender Verschärfung der politischen und nationalen Gegensätze, ja von einer drohenden Umwälzung zu berichten wissen.

Es sind beinahe vierzehn Jahre vergangen, seitdem 7 Millionen Serben, 4,5 Millionen Kroaten und Slovenen und 1 Million Mazedonier und Montenegriner zu einer staatlichen Einheit zusammengefaßt wurden. Die serbische Mehrheit hat ihre militärische Uebermacht und die politische Unterstützung des großen französischen Verbündeten ausgenutzt, um den Minoritäten ihren Willen mit Gewalt aufzuzwingen. Was die Kroaten und Slovenen anbetrifft, so waren diese beiden Nationen in Bezug auf die geistige, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung den Serben weit voraus. Es genügt darauf hinzuweisen, daß in den kroatischen und slovenischen Gebieten die Zahl der Analphabeten nur noch 8 Prozent betrug, während sie in Alt-Serbien 65 Prozent erreichte. Trotzdem wurden die Kroaten, die sich im Rahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie einer weitgehenden Autonomie erfreuten, von der Teilnahme an der Verwaltung des neuen Staates ausgeschaltet. Ein einziges Vorrecht wurde von den serbischen Machthabern der kroatischen Bevölkerung überlassen: sie mußte einen höheren Betrag an Steuern aufbringen, als alle übrigen Teile des Landes zusammen. Seit dem 6. Januar 1929, dem Tage der Einführung der Diktatur, sind die Kroaten und Slovenen aller politischen Rechte beraubt. Ein unbeschreiblicher Haß bewegt die Gemüter des Kroatenvolkes, das vor 14 Jahren dem Zusammenschluß mit Serbien zugestimmt hatte, und jetzt nur einen leidenschaftlichen Wunsch kennt: seine nationale Unabhängigkeit zu erlangen.

In dem mazedonischen Gebiete des Landes gehen die serbischen Diktaturbehörden womöglich noch rücksichtsloser vor. Schulen, Kirchen und Bibliotheken werden geschlossen, mazedonische und bulgarische Familiennamen müssen serbisiert werden. Das Beziehen bulgarischer oder mazedonischer Zeitungen und Zeitschriften wird mit Gefängnisstrafe geahndet. Militärische Sondergerichte gehen mit den rigorosesten Mitteln vor, Konfiskationen, Zuchthausstrafen und Hinrichtungen sind an der Tagesordnung. Selbst in den altserbischen Gegenden wächst die Empörung der Bevölkerung gegen das Willkür-Regiment der Diktatur, für deren Taten der König Alexander persönlich verantwortlich gemacht wird. Besonders unter der städtischen Bevölkerung in den intellektuellen Kreisen und unter der studierenden Jugend wächst der Groll und die Erbitterung gegen die Regierung. Im Laufe der letzten Monate manifestierten die Belgrader Studenten zehnmal in den Straßen der Hauptstadt. Trotz der Polizeieingriffe drangen sie bis vor das königliche Palais vor, wo sie in den Ruf ausbrachen: „Es lebe die Republik!" Ueberall, in Belgrad, in Agram, in Laibach, in Serajewo hört man bei Zusammenrottungen neben Schmährufen auf die Diktatur auch Drohungen an die Adresse Frankreichs, dem die Mitschuld für die Gewaltexperimente der serbischen Zentralregierung zugeschrieben wird.

Dabei ist die wirtschaftliche Lage des Landes verzweifelt. Die Industrie ist lahmgelegt, die Bauernschaft darbt, die Arbeitslosigkeit greift um sich. Seit zwei Monaten erhielten die meisten Zivilbeamten kein Gehalt. Nur die Armee und die Polizei werden pünktlich besoldet. Sie bilden die einzige Stütze des Regimes, aber auch in der Armee scheint es zu kriseln. In den Garnisonen von Agram, Split und Maribor wurden vor einigen Wochen Verschwörungen junger Offiziere aufgedeckt. Die serbische Regierung steht auf einem Vulkan. Ein solcher Zustand kann noch einige Wochen, höchstens ein paar Monate andauern. Sollten König Alexander und seine Regierung die drohenden Zeichen der Zeit nicht verstehen, so wird sich ihr Schicksal erfüllen.

Elend in USA.

Aufsehenerregende Anklage gegen Hoover

Das Land, das so viele berüchtigte Rekorde aufgestellt hat, kann nach wie vor für sich in Anspruch nehmen, das Land des größten Elends mitten im größten Ueberfluß zu sein. Die offizielle Arbeitslosenzahl hat die 12-Millionen-Grenze überschritten. In Wirklichkeit ist das Arbeitslosenheer noch größer, wobei die Kurzarbeiter nicht mit einberechnet sind. Alles in allem, die Familienmitglieder mitgerechnet, sind rund 50 Millionen Menschen in USA. auf Unterstützung angewiesen — bei einer Gesamtbevölkerung von 122 Millionen. Diese Unterstützung aber fehlt nunmehr so gut wie völlig. Präsident Hoover lehnt nach wie vor die Einführung einer Arbeitslosenversicherung ab. Die Mittel der Privatwohlfahrt sind aber völlig erschöpft. Auch die Gemeinden haben kein Geld. Die einzelnen größeren Städte haben die Zahlungen eingestellt, von den kleineren gar nicht zu reden.

In seiner großen Wahlrede, die Hoover kürzlich gehalten hat, hat er verkündet, daß niemand in USA. Hunger leide. Der offene Brief an Hoover, veröffentlicht in der angesehensten amerikanischen Wochenschrift „Nation", ist weniger zuversichtlich. Dieser Brief, der im ganzen Lande das größte Aufsehen erregt hat, ist eine einzige Anklage gegen Hoover und zugleich die ernsteste Mahnung an das Weiße Haus, die je in der amerikanischen Oeffentlichkeit laut geworden ist. Es ist ein menschliches Dokument, aus dem zu ersehen ist, daß das Elend in USA. noch entsetzlicher und noch größer ist, als dies in Europa noch bis zuletzt vermutet werden konnte.

Die „Nation" beschuldigt Hoover, nicht zu wissen, was in USA. vorgeht, ja es nicht wissen zu wollen. Alles, was Hoover sagt und tut, zeuge davon, daß er wirklichkeitsfremd geworden sei. Vor einem Monat hat Hoover erklärt, daß er bereit sei, eine sogenannte Hilfs-Bill zu unterschreiben, die den einzelnen Staaten Notanleihen gewähren soll. Die Gesamtsumme würde die Höhe von 300 Millionen erreichen. Davon sollen diejenigen Staaten profitieren, die von sich aus außerstande sind, die Notleidenden zu unterstützen. Die einzelnen Staaten sollten ihrem Anleihegesuch zuverlässige Beweise ihrer Not liefern. Hoover schloß mit den Worten: „Ich hoffe, daß kein einziger Staat zu dieser äußersten Notmaßnahme Zuflucht nehmen wird." Noch bevor die Bill unterschrieben wurde, hatten sich 30 Staaten (von insgesamt 48!) gemeldet.

Der Veteranenmarsch auf Washington, der auf eine kriegsmäßige Art liquidiert wurde, wiederholt sich in dieser oder anderer Gestalt fast in jedem amerikanischen Staat. In Indiana erschienen vor dem Parlamentsgebäude 800 Mann. Sie forderten Brot und erklärten, daß im Falle einer Verweigerung sie zum zweiten Mal erscheinen würden, dann aber nicht 800 —, sondern 300 000köpfig. Sie sagten, es gäbe für sie nur zwei „Auswege": Massentod oder Selbstmord. Aehnliche Szenen spielten sich und spielen sich immer wieder in den anderen Staaten ab. In Neuyork stürzte sich ein Vater von sieben Kindern ins Wasser, weil er den Anblick seiner hungernden Kleinen nicht mehr ertragen konnte. In Oakland (Kalifornien) sind zahlreiche hungernde Kinder, die von Müllresten lebten, unter Vergiftungserscheinungen und unter großen Qualen gestorben. Die Stadt St. Louis meldet 13 000, die nicht minder reiche Stadt Detroit 18 000 Familien, die in diesen Tagen obdachlos geworden sind und denen das letzte Stück Brot wegen Mangel an Geld verweigert werden mußte.

Dies ist der Hintergrund, auf dem sich die Neuyorker Börsenhausse abspielt. Dies ist zugleich der Hintergrund der Wahlkampagne, die mit täglich wachsender Erbitterung ausgekämpft wird. Die Not in USA. ist groß und wird mit jedem Tag größer. Die Amerikaner haben schon aufgehört, sich zu fragen, wohin dies noch führen wird.

„Haarglanz" neutralisiert das Haar, d. h. er bindet die noch im Haar verbliebenen Alkalireste des Waschmittels, die durch ihn rückstandlos herausgespült werden. „Haarglanz" erhalten Sie mit jedem weißen Beutel Schwarzkopf-Schaumpon, dem milden Haarpflegemittel und auch mit dem hochwertigen, kosmetisch wirksamsten Schwarzkopf-Extra. Für Blondinen „Extra-Blond", die aufhellende Spezial-Sorte!

Gib acht auf Orla!

ROMAN von ARNO HOHENFELD

VERTRIEBSRECHTE LITERATUR-VERLAG GLORIA BERLIN-STEGLITZ

38. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Meine Herren, ich bitte Sie, alles zu vergessen, was die Frau Gräfin Ihnen berichtet hat, und nur zu beachten und als wahr hinzunehmen, was ich Ihnen jetzt vermitteln werde. Bitte, setzen wir uns."

Es geschah. Der Geheimrat placierte sich, als säße er in seinem Amtszimmer zu einem Vortrag. Fränkel war andachtsvoll, Wolter jedoch hatte einen ironischen Zug um den Mund.

„Ich will Sie nicht lange mit Einzelheiten aufhalten, die bedeutungslos sind, nur so viel sei Ihnen gesagt, daß meine Braut und ich uns seit einem halben Jahre kennen und lieben. Vor einiger Zeit machte sie die Bekanntschaft des Herrn von Wemblin gelegentlich einer Festlichkeit in den Marmorsälen, an der ich dienstlich verhindert war. Herr von Wemblin bemühte sich auffallend um die Gräfin und war bestrebt, die Verbindung zwischen ihr und mir zu zerstören. Er glaubte dies am besten zu erreichen, wenn er, auf die Eitelkeit spekulierend, ihr versprach, aus ihr eine berühmte Filmdiva zu machen. Er ließ für sie ein Filmmanuskript herstellen, das den Titel „Die rote Maske" hatte. Als ich davon erfuhr, war es selbstverständlich, daß ich ihr den Plan mit dem Film mit allen erdenklichen Mitteln auszureden mich bemühte und auch wirklich bei ihr erreichte, die bestehende leichte Neigung zu unterdrücken. Ich bewog sie, Wemblin einen verneinenden Bescheid zu geben. Damit glaubte ich die Angelegenheit aus der Welt geschafft."

„Erfolgte diese Absage schriftlich?" fragte Fränkel.

„Nein, Herr Kommissar, telephonisch, und zwar von meiner Wohnung aus. Ich selbst habe Wemblin, der sich an diesem Tage auf Klein-Dolchow aufhielt, an den Apparat rufen lassen und dann das weitere Gespräch meiner Braut überlassen."

„Wann war das?"

„Am Nachmittag des Tages, an dem Wemblin sich erschoß."

„Danke. Bitte, fahren Sie fort."

„Bei dieser telephonischen Unterredung hatte Wemblin meine Braut in herzzerreißender Weise gebeten, doch unter allen Umständen zu einer letzten Aussprache zu ihm zu kommen. Leider hat sie seinen Bitten nicht zu widerstehen vermocht und zugesagt, ohne mich darum zu befragen oder mir zum wenigsten davon Kenntnis zu geben. Sie ging also zu ihm, brachte ihm das Filmmanuskript und wollte sich nach kurzer Aussprache wieder entfernen. Wemblin bestürmte sie zu bleiben, machte alle erdenklichen Anstrengungen, um sie umzustimmen, schwor ihr ewige Treue und Liebe und versuchte sie gewaltsam zu küssen, wobei es zwischen ihnen zu einem kleinen Kampf kam, dessen Opfer die Busennadel wurde. Plötzlich erschien in der Wohnung die Wirtschafterin. Die Gräfin flüchtete in den nebenan gelegenen Salon und Wemblin stellte sich, als sei er mit einer Zeitung beschäftigt. Kaum hatte sich die Wirtschafterin entfernt, erschien Lauffenberg, und erst als dieser gegangen, kehrte meine Braut in das Herrenzimmer zurück. Sie erklärte Wemblin, sofort gehen zu wollen. Er hielt sie zurück. Aufs neue Schwüre, Beteuerungen, endloses Jammern, daß niemand etwas von ihm wissen wolle. Zum Beweis zeigte er ihr einen Brief, der mit Anita unterschrieben war. Plötzlich setzte er sich, von einem Einfall überkommen, an den Schreibtisch, kritzelte hastig ein paar Worte hin und sagte: „Da auch du nichts mehr von meiner Liebe hören willst, der einzige Mensch, dem mein ganzes Herz gehört, sich von mir wendet, bleibt mir nur noch die Kugel." Ehe meine Braut überhaupt erfaßt, was er beabsichtigte, hatte er schon einen Revolver in der Hand und schoß.

Sie werden sich denken können, meine Herren, in welcher Gemütsverfassung meine Braut zunächst war. Sie stand wie gelähmt vor Schreck vor dem toten Wemblin. Ein furchtbarer Gedanke fuhr ihr durch den Kopf. Sie war der einzige Zeuge seines Selbstmordes, würde man ihr glauben, wenn sie verhört werden würde? Konnte es nicht sein, wenn man allem nachforschte, daß Zweifel in ihre Worte gesetzt wurden? — Bei ruhiger Ueberlegung hatte sie sich sagen müssen, daß ihr niemand etwas Böses vorwerfen konnte, aber der unglückliche Furchtgedanke hatte nun einmal sich in ihrem Kopf festgesetzt und ihr ganzes Sinnen war jetzt darauf gerichtet, auch den leisesten Schimmer einer Schuld von sich abzuwälzen. Sie tat, was sie nie hätte tun sollen, sie hob die heruntergefallene Waffe auf, legte sie Wemblin in die Hand und das Schreiben jener Anita steckte sie ihm in die Linke.

Nun wollte sie fort, da vernahm sie auf der Diele ein Geräusch. An allen Gliedern zitternd flüchtete sie in den Salon, blieb dort, bis alles still war und wagte sich erst gegen zehn Uhr abends aus der Wohnung. Zu Hause angekommen, hat sie mich angerufen und wir haben beide stundenlang beraten, was zu tun sei. Dann kamen wir überein zu schweigen, bis man uns zum Sprechen zwingen werde."

„Selbst auf die Gefahr hin, daß ein Unschuldiger ins Zuchthaus kommt. Das ist sehr unedel, Herr Geheimrat! Und eigentlich ganz unverständlich, denn die Frau Gräfin ist doch nach alledem ganz schuldlos."

„Herr Kommissar," wandte sich der Geheimrat an Wolter, „so recht Sie auch haben, kann ich Ihnen doch nicht voll zustimmen, versetzen Sie sich nur in unsere Lage!"

„Ich glaube, die Debatte hierüber können wir uns schenken. Es ist wichtiger, daß wir uns nun nach dem Präsidium begeben."

„Auch die Frau Gräfin?"

„Aber natürlich!"

„Meine Herren, bitte, sehen Sie sich ihren Jammer an! Wollen Sie die arme Frau wirklich in diesem Zustand seelischer Zerrüttung zwingen, auf die Straße zu gehen? Haben Sie doch ein Einsehen und warten Sie, bis sie transportfähig ist."

Händeringend stand der Geheimrat vor den beiden.

„Gut, wir nehmen Rücksicht," antwortete Wolter, „und warten, bis sie sich etwas erholt hat."

„Ich danke Ihnen, Herr Kommissar. Ich verspreche Ihnen auch unverzüglich mit ihr nach dem Präsidium zu kommen."

„Wie denn, Herr Geheimrat?" mischte sich Fränkel ein. „Sie glauben doch nicht, daß wir ohne die Frau Gräfin hier fortgehen?"

(Fortsetzung folgt.)